

Wissenschaft-Praxis-Transfer in der deutschen Sozialpolitik: Erwartungen von Forschenden und Praxisakteuren

Tom Heilmann

- Mit Blick auf die deutsche Sozialpolitik wird ein verstärkter Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis gefordert. Damit ist die Hoffnung verknüpft, „bessere“ Antworten auf zunehmend komplexe Herausforderungen der Politikgestaltung zu finden.
- Der vorliegende IAQ-Report widmet sich vor diesem Hintergrund der Frage, welche Transfererwartungen und -verständnisse relevante Akteure aus Sozialpolitikforschung und sozialpolitischer Praxis artikulieren.
- Im Ergebnis können vier idealtypische Transferverständnisse herausgearbeitet werden, die mit je unterschiedlichen Erwartungen an das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis verknüpft sind.
- In der Gesamtbetrachtung scheint ein plurales Verständnis von Wissenstransfer am sinnvollsten, das unterschiedliche Formate kombiniert und sich gleichzeitig deren Grenzen bewusst ist.

Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen

1 Einleitung

Die Sozialpolitik bildet eine zentrale Säule des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in Deutschland. So dürfte es hierzulande kaum eine Person geben, deren Lebensweg nicht in der ein oder anderen Weise durch sozialpolitische Instrumente und Regelungen mitgeprägt wird. Dies zeigt schon ein (unvollständiger) Blick auf die unterschiedlichen Felder und Lebensphasen, die durch Sozialpolitik adressiert werden: Von den „Frühen Hilfen“ für Familien mit Kindern bis drei Jahren, über Kindertagesstätten, das Schul- und Berufsbildungssystem bis hin zu Unterstützungsleistungen im Falle von Erwerbslosigkeit und finanzieller Not sowie Alter und Krankheit umspannt das sozialpolitische Sicherungsnetz eine Vielzahl unterschiedlicher Risiken und Probleme. Abseits der damit angedeuteten Heterogenität sozialpolitischer Regelungen und Strukturen zielt Sozialpolitik in einem übergreifenden Sinne darauf ab, „dem Entstehen sozialer Risiken und Probleme vorzubeugen, die Lebenslage einzelner Personen und Personengruppen zu sichern und zu verbessern, die Folgewirkungen sozialer Probleme auszugleichen und soziale Ungleichheit zu vermindern“ (Bäcker et al. 2020, S. 1).

Gleichzeitig steht die Sozialpolitik in Deutschland vor einer Vielzahl neuer und alter Herausforderungen. Der Fachkräftemangel, die Alterung der Gesellschaft, der Klimawandel sowie die Folgen von Migration, Bürokratie und der Fragmentierung des Sozialstaats sind nur einige der in diesem Zusammenhang oft benannten Schlagworte. Angesichts der Komplexität dieser (miteinander zusammenhängenden) Herausforderungen wird von unterschiedlichen Akteuren gefordert, dass Sozialpolitikforschung und sozialpolitische Praxis in einen stärkeren Austausch treten sollten, um so den Wissenschaft-Praxis-Transfer zu intensivieren. Dabei ist der Wunsch nach mehr Wissenstransfer ex- oder implizit stets mit der Hoffnung verbunden, durch die Bezugnahme auf wissenschaftliche Erkenntnisse sowie die Integration der Perspektiven und Wissensbestände von Forschung und Praxis fundiertere und damit letztlich „bessere“ Antworten auf sozialpolitisch relevante Fragestellungen zu finden.

Die Forderung nach einer Intensivierung des Wissenschaft-Praxis-Transfers ist weder neu noch rein auf den Kontext der Sozialpolitik bezogen (Compagnucci und Spigarelli 2020; Kaldewey 2013). Die über die Sozialpolitikforschung hinausweisende Bedeutung des Wissenstransfers überrascht dabei nicht, denn schließlich tangiert die Debatte um den Austausch zwischen Forschung und Praxis ganz grundsätzliche Fragen in Bezug auf die Rollen der Wissenschaft. So lässt sich mit Blick auf die Sozialpolitikforschung etwa fragen, welche Funktionen ihr im gesellschaftlichen Gesamtgefüge zukommen, wodurch sie ihre gesellschaftliche Legitimität erlangt und inwiefern sie durch Wissenstransfer tatsächlich zu einer Verbesserung der Sozialpolitikgestaltung beitragen kann. Diese beispielhaft angeführten Fragen sind nicht nur von theoretischer Relevanz. Ihre Beantwortung hat auch ganz praktische Implikationen für die Ausgestaltung von Transferprozessen im Kontext der deutschen Sozialpolitik.

Vor diesem Hintergrund rückt der vorliegende IAQ-Report die Fragen in den Blick, welche Verständnisse von Wissenstransfer bei zentralen Akteuren aus Sozialpolitikforschung und sozialpolitischer Praxis vorliegen und inwiefern diesbezüglich Unterschiede zwischen den Akteursgruppen festzustellen sind. Zur Beantwortung dieser Fragen stützt sich der Report auf 51 qualitative Experteninterviews, die am Deutschen Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS)¹ mit Akteuren aus Wissenschaft, Politik, öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft geführt wurden (Heilmann et al. 2024).

Der Report ist wie folgt gegliedert: Abschnitt 2 behandelt die Bedeutung unterschiedlicher Formen des Wissenschaft-Praxis-Transfers und ihre theoretischen wie praktischen Implikationen für den Kontext der deutschen Sozialpolitik. Abschnitt 3 präsentiert das Untersuchungsdesign sowie das Sample der zugrunde liegenden empirischen Analysen. Deren zentrale Ergebnisse werden anschließend in Abschnitt 4 in Form einer Gegenüberstellung idealtypischer Transferverständnisse von Sozialpolitikforschenden und Praxisakteuren dargestellt. Eine knappe Zusammenfassung der Befunde findet sich in Abschnitt 5. Der Report schließt mit Abschnitt 6, in dem einige Schlussfolgerungen für einen erfolgreichen

¹ Das DIFIS ist eine interuniversitäre Einrichtung des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen sowie des SOCIUM Forschungszentrums Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen und wird zunächst projektformig durch das Bundesministerium für

Arbeit und Soziales (BMAS) mit einer Laufzeit von 05/2021 bis 04/2026 gefördert.

Wissenschaft-Praxis-Transfer in der deutschen Sozialpolitik gezogen werden.

2 Die unterschiedlichen Bedeutungen von „Wissenstransfer“

Sozialpolitisch relevante Herausforderungen und Fragestellungen sind durch ein hohes und tendenziell zunehmendes Maß an Komplexität gekennzeichnet. Die Grundkonstellation dieser Herausforderungen lässt sich in etwa folgendermaßen beschreiben: Zahlreiche übergreifende und miteinander verwobene Entwicklungen wie der Klimawandel, die Alterung der Gesellschaft, der technologische Wandel sowie inner- und zwischenstaatliche Polarisierungstendenzen treffen in Deutschland auf ein zwar ausdifferenziertes, zugleich aber auch fragmentiertes System sozialer Sicherung (Heilmann et al. 2024, S. 62ff., 85f.). Die Fragmentierung spiegelt sich wider in der Vielzahl unterschiedlicher Politikbereiche, Akteursgruppen, föderaler Ebenen und rechtlicher Regelungen, die das sozialpolitische Gesamtfeld umfassen² und eine integrierte Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen häufig erschweren (z. B. Bogumil und Gräfe 2024).

Hoffnungen, den komplexen Herausforderungen für die Sozialpolitik gerecht zu werden, richten sich in starkem Maße auf den Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis. So hat etwa das vom BMAS initiierte Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (auch) zum Ziel, „die Kommunikationswege zwischen BMAS und der Wissenschaft zu intensivieren und Gelegenheiten für den Praxis-Transfer zu schaffen“.³ Und das Deutsche Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung formuliert auf seiner Webseite: „Eine leistungsfähige Sozialpolitikforschung liefert Wissen, Handlungsoptionen und Empfehlungen für Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung“.⁴ Die Forderung nach (mehr) Wissenstransfer in der Sozialpolitik(-forschung) reiht sich damit ein in die generelle und auch in zahlreichen anderen Wissenschafts- und Politikfeldern geführte Debatte um den gesellschaftlichen Einfluss und die Rolle von Wissenschaft und Hochschulen (Compagnucci und Spigarelli 2020; Kaldewey 2013).

„Das eine“ Verständnis von Wissenstransfer existiert jedoch nicht. So lässt sich Wissenstransfer zwar als Oberbegriff für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis fassen. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass sich unter diesem Oberbegriff eine Vielzahl unterschiedlicher Austauschformen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und zugrunde gelegten Rollenverteilungen versammelt. Dies wird auch an der Vielzahl der in der Transferforschung verwendeten Begrifflichkeiten deutlich: Konzepte wie „Wissenschaftskommunikation“, „Politikberatung“, „Wissensaustausch“, „Knowledge Exchange“ oder auch „Evidence-based Policymaking“ lassen sich alle im breiteren Transferdiskurs verorten, entstammen jedoch zugleich oft unterschiedlichen fachdisziplinären Traditionen und stellen jeweils andere Aspekte und/oder Formen des Wissensaustauschs in den Fokus.

Es kann an dieser Stelle nicht im Detail auf die Besonderheiten der verschiedenen transferbezogenen Konzepte eingegangen werden (für einen Überblick über einige dieser Begrifflichkeiten siehe z. B.: Shaxson et al. 2012). Ein zentrales Differenzierungsmerkmal zwischen verschiedenen Transferformen lässt sich jedoch in Bezug auf die Frage ausmachen, in welche Richtung(en) das Wissen zwischen Forschung und Praxis jeweils „fließt“. So lassen sich die verschiedenen Formen und Formate des Wissenstransfers auf einem Kontinuum verorten. Der eine Pol dieses Kontinuums wird gebildet durch ein unidirektionales Transferverständnis, in dem Wissen lediglich in eine Richtung fließt, und zwar von der Wissenschaft in die Praxis. Am anderen Pol des Kontinuums findet sich ein multidirektionales Transferverständnis, das auf den wechselseitigen Austausch von Wissenschaft und Praxis und ein damit verbundenes Voneinanderlernen abzielt (King et al. 1998; Wissenschaftsrat 2016, S. 11).

Insgesamt lässt sich dabei in jüngerer Vergangenheit durchaus eine Tendenz erkennen, nach der vor allem multidirektionale, auf gegenseitigen Austausch abzielende Transferformen als besonders geeignet für die Bearbeitung gesellschaftlicher und sozial-politischer Herausforderungen angesehen und daher auch verstärkt gefordert werden. Wissenstransfer soll demnach nicht als „Einbahnstraße“ (Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

² Es würde an dieser Stelle zu weit führen, im Einzelnen auf das hier zugrunde gelegte Sozialpolitikverständnis einzugehen. Für entsprechende Ausführungen siehe Heilmann et al. (2024, S. 21ff.).

³ Siehe: <https://www.fis-netzwerk.de/ueber-fis/ziele> (letzter Zugriff am 06.01.2025).

⁴ Siehe: <https://difis.org/institut/ueber-das-difis> (letzter Zugriff am 06.01.2025).

2022, S. 5) verstanden werden, sondern „zirkulär und dialogisch“ (Rottleb und Schmidt 2023, S. 7) angelegt sein. Entsprechend stellt auch der Wissenschaftsrat in einem Positionspapier heraus, dass ein unidirektionales Transferverständnis „in den meisten Fällen unrealistisch ist und zu kurz greift“ (Wissenschaftsrat 2016, S. 11) und fordert vor diesem Hintergrund „Austauschprozesse mit den Transferpartnern, die bi- oder multidirektional und rekursiv angelegt sein sollten“ (ebd.). So sinnvoll ein kooperativer Prozess der Wissensgenerierung und das damit verbundene multidirektionale Transferverständnis auch erscheinen mögen, ist gleichzeitig festzuhalten, dass ein solcher Ansatz deutlich höhere Anforderungen an Ressourcen und Kommunikation stellt als ein unidirektionaler Transfer, bei dem Wissen „nur“ von der Forschung in die Praxis übertragen wird.

Empirische Befunde legen nahe, dass der tatsächlich praktizierte Wissenstransfer im Kontext der deutschen Sozialpolitik durch einen Mix uni- und multidirektionaler Transferformate gekennzeichnet ist. So kommen etwa Bühner et al. (2023) im Zuge der Evaluation des Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) zu dem Ergebnis, dass innerhalb des Netzwerks unterschiedliche Formen des Wissenstransfers umgesetzt werden. Diese reichen von eher unidirektional ausgerichteten Formaten wie Pressemeldungen, Social-Media-Beiträgen oder Positionspapieren bis hin zu eher dialogorientierten und multidirektional ausgerichteten Veranstaltungen oder der Mitarbeit in Arbeitskreisen und Kommissionen (ebd., S. 33ff.).

Nullmeier (2019) nimmt hingegen eine spezifische Form des Wissenstransfers in den Blick, indem er eine Bestandsaufnahme sozialpolitischer Politikberatungsgremien und -formate vorlegt.⁵ Er zeigt, dass Wissenstransfer dabei in einigen Fällen eher als lineare Informationsweitergabe von der Wissenschaft an die Politik verstanden wird, etwa durch Sachverständigenkommissionen und -räte, die regelmäßig Berichte zu spezifischen Themen vorlegen (ebd., S. 9f.). Gleichzeitig existieren aber auch dialogorientierte Formate, die einen Austausch „auf Augenhöhe“ ermöglichen, beispielsweise in Enquete-Kommissionen oder Multi-Stakeholder-Formaten unter Einbindung von Verbänden sowie zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren (ebd., S. 7).

Die Frage, welche Transferformen von welchen Akteuren genutzt und initiiert werden, geht mit weitreichenden Implikationen einher. Diese betreffen einerseits theoretisch-konzeptionelle Aspekte, sind andererseits jedoch auch für die praktische Umsetzung und das Gelingen des Wissenstransfers von zentraler Bedeutung. So sind die Erwartungen an und Verständnisse von Wissenstransfer eng verknüpft mit (oft impliziten) Annahmen über das grundlegende Verhältnis von Forschung und Praxis innerhalb der Gesellschaft. Diese Annahmen lassen sich durch einige zentrale Leitfragen explizieren und systematisieren.

Hierbei ist *erstens* von Relevanz, inwiefern die Methodik und Systematik der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion die Übertragbarkeit von Ergebnissen der Sozialpolitikforschung in die Praxis beeinflusst. Konkreter gefragt: Wird angenommen, dass Ergebnisse der Sozialpolitikforschung eine generelle Gültigkeit aufweisen und daher mehr oder weniger unmittelbar in die Praxis übertragen werden können (= *objektivistisches Wissensverständnis*)? Oder lassen sich die Befunde der Sozialpolitikforschung eben nicht „einfach so“ in die Praxis übertragen, weil die praktische Sozialpolitikgestaltung eigenen Logiken folgt, die sich von den Bedingungen der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion unterscheiden (= *konstruktivistisches Wissensverständnis*)?

Zweitens geht es darum, wem die Akteure der Sozialpolitikforschung und der sozialpolitischen Praxis die Verantwortung für die Initiierung und Aufrechterhaltung von Transferaktivitäten zumessen: Steht die Sozialpolitikforschung in einer Bringschuld, nach deren Logik sie die von ihr erzielten Ergebnisse für die Praxis nutzbar machen sollte? Oder ist es umgekehrt die sozialpolitische Praxis, die sich aktiv darum bemühen muss, wissenschaftliche Ergebnisse für das eigene Handeln und Entscheiden heranzuziehen?

Und *drittens* stellt sich die grundlegende Frage nach der gesellschaftlichen Legitimität der Sozialpolitikforschung: Leitet sich diese vor allem aus praxisnahen Ergebnissen ab, die unmittelbar handlungsrelevant sind? Oder gewinnt die Sozialpolitikforschung ihre Relevanz gerade dadurch, dass sie weitgehend autonom über die zu untersuchenden Fragestellungen entscheidet, ohne sich an unmittelbaren Verwertungsinteressen orientieren zu müssen?

⁵ Eine aktualisierte und erweiterte Form dieser Bestandsaufnahme wird unter dem Titel „Politikberatung in der Sozialpolitik – Stand und

Perspektiven“ voraussichtlich noch 2025 als Monografie in der Schriftenreihe des DIFIS veröffentlicht werden.

Wie bereits angedeutet, hängt von der Beantwortung der genannten Leitfragen nicht nur der grundsätzliche Blick auf das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis ab. Sie hat auch entscheidenden Einfluss darauf, welche Transferformate praktisch umgesetzt werden (können) und mit welchen Erwartungen sie jeweils verknüpft sind. Insbesondere das (Nicht-)Erfüllen von Erwartungen an den Wissenstransfer kann dabei als ein zentraler Faktor für das Gelingen bzw. Scheitern von Transferaktivitäten angesehen werden. So zeigen empirische Studien, dass gerade die unterschiedlichen und häufig konfligierenden Erwartungen von Wissenschaft und Praxis an den Wissenstransfer eine zentrale Hürde für einen gelingenden Transfer darstellen (z. B. Choi et al. 2005; Gollust et al. 2017). Damit kommt der Untersuchung der Transferverständnisse und der mit ihnen verknüpften Erwartungen von Wissenschafts- und Praxisakteuren eine hohe Relevanz für die Ausgestaltung und das Gelingen von Transferaktivitäten zu. Dies gilt auch für den Kontext der deutschen Sozialpolitik. Im Folgenden wird daher ein empirisch fundierter Blick auf die Transferverständnisse relevanter Akteure aus Sozialpolitikforschung und sozialpolitischer Praxis gerichtet.

3 Sample und Untersuchungsdesign

Welche Verständnisse von Wissenstransfer herrschen bei relevanten Akteuren aus sozialpolitischer Forschung und Praxis vor? Und welche Erwartungen an die Rollen von Wissenschaft und Praxis sind damit

jeweils verknüpft? Unter anderem zur Beantwortung dieser Fragen wurden am DIFS im Zeitraum von November 2021 bis Mai 2023 51 leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt.⁶ Zu den im Rahmen der Interviews berücksichtigten Akteursgruppen (siehe Tabelle 1) gehörten aufseiten der Wissenschaft Vertreter*innen – überwiegend Professor*innen – verschiedener akademischer Fachdisziplinen, die sich unter dem breiten Dach der Sozialpolitikforschung versammeln. Der Großteil der interviewten Forschenden ist dabei an deutschen Forschungseinrichtungen tätig. Fünf der interviewten Wissenschaftler*innen arbeiten im europäischen Ausland. Auf Seiten der sozialpolitischen Praxis wurden Akteure aus Politik, öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft einbezogen.

Mit Blick auf die Sample-Zusammensetzung wurde Wert darauf gelegt, Interviewpartner*innen aus einem möglichst breiten Spektrum unterschiedlicher sozialpolitischer Subfelder in die Untersuchung einzubeziehen. Zudem wurde mit Blick auf die Auswahl der Praxisakteure nicht nur auf die Berücksichtigung unterschiedlicher Ebenen des föderalen Systems in Deutschland geachtet, sondern auch auf den Einbezug verschiedener politischer bzw. weltanschaulicher Ausrichtungen (z. B. verschiedene Parteien sowie Vertreter*innen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften). Damit bildet das Sample die Vielfalt des sozialpolitischen Gesamtfeldes in Deutschland zumindest in Teilen ab und ermöglicht es so, unterschiedliche Perspektiven auf den Wissenstransfer zu beleuchten.

5

Tabelle 1: Überblick über geführte Interviews

Wissenschaftsdisziplinen (29 Interviews)	Zivilgesellschaft (11 Interviews)
Sozialethik	Gewerkschaften
Rechtswissenschaft	Arbeitgeberverbände
Politikwissenschaft	Nichtregierungsorganisationen
Wirtschaftswissenschaft	Wohlfahrtsverbände
Soziologie	soziale Bewegung
Soziale Arbeit	

⁶ In den Interviews wurden neben Fragen zum Wissenstransfer auch Fragen zu sozialpolitischen Herausforderungen sowie zur Interdisziplinarität innerhalb der deutschen Sozialpolitikforschung gestellt. Die

ausführlichen Ergebnisse wurden in einer Monografie veröffentlicht (Heilmann et al. 2024).

Geschichtswissenschaft	
Öffentliche Verwaltung (5 Interviews)	Politik (6 Interviews)
Vertreter*innen von Sozialversicherungsträgern (Bundes- und Landesebene)	Bündnis 90/Die Grünen
Kommunale Verwaltung	Die Linke
	SPD
	FDP
	CDU

Quelle: Eigene Darstellung.

4 Empirische Ergebnisse

Aus den geführten Interviews lassen sich insgesamt vier unterschiedliche Transferverständnisse ableiten. Diese Transferverständnisse sind als Idealtypen zu verstehen. Idealtypen sind als konzeptionelle „Werkzeuge“ zu betrachten, die komplexe soziale Phänomene durch die Hervorhebung typischer Merkmale vereinfachen und abstrahieren, um diese besser analysieren und vergleichen zu können. Insofern sind die nachfolgend dargestellten Transferverständnisse zwar durchaus empirisch im Interviewmaterial verankert, in der Realität sind die Grenzen zwischen den einzelnen Typen aber fließender als hier dargestellt. Es ist zudem wichtig zu betonen, dass sich die einzelnen Interviewten in der Regel nicht ausschließlich einem der Idealtypen zuordnen lassen, sondern in ihren Aussagen häufig situativ Bezüge zu unterschiedlichen Transferverständnissen herstellen. Die identifizierten Transferverständnisse können dabei entlang folgender Leitfragen voneinander abgegrenzt werden, die sich aus den in Abschnitt 2 dargestellten konzeptionellen Überlegungen ergeben:

1. Inwiefern handelt es sich beim jeweiligen Typus um ein eher uni- oder ein eher multidirektionales Transferverständnis?
2. Inwieweit wird davon ausgegangen, dass sozialpolitisch relevante Forschungsergebnisse grundsätzlich in die Praxis übertragbar sind?
3. Welchen Akteuren kommt die Verantwortung für die Initiierung und Aufrechterhaltung von Transferaktivitäten zu?

4. Erlangt die Sozialpolitikforschung gesellschaftliche Legitimität eher durch praxisnahe und unmittelbar handlungsrelevante Befunde oder eher durch stärker analytische und grundlagenorientierte Erkenntnisse?

4.1 Transferverständnis I: Wissenschaft um der Wissenschaft willen

Ein erstes, aus den Interviews ableitbares Transferverständnis lässt sich unter dem Begriff der *Wissenschaft um der Wissenschaft willen* fassen. Wie die Bezeichnung bereits erahnen lässt, wird Sozialpolitikforschung im Rahmen dieses Idealtypus in erster Linie entlang wissenschaftlicher Relevanzkriterien betrieben. Zu diesen gehören unter anderem die Einordnung in den Forschungsstand, eine fundierte theoretisch-konzeptionelle Grundlegung, methodische Stringenz und damit ein möglichst hohes Maß an intersubjektiver Nachvollziehbarkeit sowie Transparenz und Objektivität bei der Wissensproduktion. Proaktiv auf die Bedarfe und Erfordernisse der Praxis zugeschnittene Forschungsfragen und -ergebnisse sind hingegen kein Merkmal dieses Idealtyps. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Wissenschaft isoliert „im Elfenbeinturm“ um sich selbst kreist. Vielmehr werden gesellschaftlich relevante Fragestellungen durchaus bearbeitet – allerdings primär aus einer wissenschaftlichen Perspektive heraus:

„Also ich muss Fragen der Welt beantworten als Wissenschaft, ja? Aber mein Antwortverhalten ist ein wissenschaftliches. Sozusagen der Maschinenraum der Wissenschaft ist die Wissenschaft, das will ich damit sagen.“ (Wiss-16)

Dem Transferverständnis der *Wissenschaft um der Wissenschaft willen* liegt zwar die grundsätzliche Annahme zugrunde, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in die sozialpolitische Praxis übertragbar sind und dort prinzipiell zu einer besseren Politikgestaltung beitragen können. Für das Gelingen des Transfers sind im Verständnis dieses Idealtyps jedoch in erster Linie die Praxisakteure selbst verantwortlich, indem sie die von der Sozialpolitikforschung bereitgestellten Informationen auf ihren eigenen Handlungskontext übertragen und anwenden. Wissensproduktion und Wissensanwendung sind also weitgehend voneinander getrennt:

„Wir forschen. Warum sollen wir uns dann darum kümmern, was die Politik damit macht? Also, ganz platt gesagt jetzt mal.“
(Wiss-6)

Praxisrelevanz erreicht dieser Idealtyp daher vor allem durch einzelne Praxisakteure, die mit Funktion und Logik des Wissenschaftssystems vertraut sind, sich die dortigen Ergebnisse „abholen“ und für ihren Kontext nutzbar machen. Ein plastisches Beispiel hierfür liefert eine der interviewten Personen aus dem Bereich der Politik. Sie war zuvor einige Zeit als Forscher*in tätig und berichtet davon, nach wie vor wissenschaftliche Fachzeitschriften aus dem Feld der Sozialpolitik zu rezipieren:

„Soziale Sicherheit, sozialer Fortschritt wären weitere Zeitschriften, wo ich immer mal wieder regelmäßig reingucke und damit dann auch mitkriege, was so in der Wissenschaft passiert.“ (Pol-1)

Der Wissenschaft-Praxis-Transfer ist in diesem Idealtypus vor allem als unidirektionaler Informationsfluss von der Wissenschaft in die Praxis angelegt. Auffällig ist dabei, dass das Verständnis der *Wissenschaft um der Wissenschaft willen* ausschließlich von Gesprächspartner*innen aus der Sozialpolitikforschung als (in Teilen) wünschenswert erachtet wird. Sie argumentieren vor allem damit, dass die gesellschaftliche Legitimität sowie der sozialpolitische Nutzen von Forschung gerade in der Unabhängigkeit der Wissenschaft von unmittelbaren Verwertungszwängen liege. Allerdings zeigt sich auch, dass ein solches Transferverständnis insgesamt nur in sehr wenigen Interviews eine zentrale Rolle einnimmt. Insofern lassen sich keine Hinweise darauf finden, dass der Idealtyp der *Wissenschaft um der Wissenschaft willen* ein dominantes Leitmotiv in der sozialpolitisch orientierten Scientific-Community darstellt.

Vielmehr scheint er eine spezifische und eher seltene Perspektive innerhalb des breiten Spektrums der Transferverständnisse innerhalb der Sozialpolitik(-forschung) zu repräsentieren.

Die interviewten Praxisakteure nehmen hingegen meist eher indirekt Bezug auf diesen Transfertyp. Er speist vor allem negativ konnotierte Stereotype, wie das gängige Bild der Wissenschaft „im Elfenbeinturm“, das in den Interviews mehrmals von verschiedenen Praxisvertreter*innen erwähnt wird und kritische Haltungen gegenüber (Teilen) der Sozialpolitikforschung auslöst. Zwar erkennen auch die in der sozialpolitischen Praxis tätigen Befragten in vielen Fällen den grundsätzlichen Wert einer grundlagenorientierten Sozialpolitikforschung an. Deutlich stärker stellen sie jedoch die Bedeutung anwendungs- und politiknaher Forschungsergebnisse heraus, wie sie unter anderem für den nachfolgend dargestellten Transfertypus zentral sind.

4.2 Transferverständnis II: Wissenschaft als Zulieferin

Im zweiten Transferverständnis, das sich mit dem Begriff der *Wissenschaft als Zulieferin* fassen lässt, wird ebenfalls davon ausgegangen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in die sozialpolitische Praxis übertragbar sind und dort zu einer Verbesserung der Politikgestaltung beitragen können. Diese Annahme wird jedoch noch weitergeführt: Die Sozialpolitikforschung wird in diesem Idealtypus als Dienstleisterin verstanden, die gezielt Antworten auf praxisrelevante Fragen liefert. Die transferierten Forschungsergebnisse haben im Idealfall also einen relativ unmittelbaren positiven Einfluss auf die Politikgestaltung. Im Gegensatz zum Transferverständnis der *Wissenschaft um der Wissenschaft willen* werden Forschungsergebnisse im Rahmen dieses Idealtyps explizit für Praxisakteure aufbereitet oder sogar speziell für sie produziert. Es handelt sich hier also um ein in erster Linie unidirektionales Transferverständnis, bei dem die Sozialpolitikforschung Wissen aktiv in die Praxis einspeist, ohne dass ein systematischer Rückfluss von Erfahrungen oder Bedarfen aus der Praxis stattfindet.

Zu den Formaten, die sich diesem Transferverständnis zuordnen lassen, gehören zum Beispiel Policy Briefs, Beiträge in nicht-wissenschaftlichen Fachzeitschriften oder – speziell bei den interviewten Rechtswissenschaftler*innen – Kommentare zur Rechtsauslegung und -interpretation. Hinzu kommen etwa

Gutachten, (kleinere) Auftragsstudien sowie größere staatlich geförderte Berichtsformate wie etwa der Armuts- und Reichtumsbericht, Anhörungen in Landes- und Bundesparlamenten sowie wissenschaftliche Evaluationen von Gesetzen und politischen Reformvorhaben, die Wissenschaftler*innen auf direkte Nachfrage vor allem aus der Politik, mitunter aber auch auf Nachfrage von zivilgesellschaftlichen Akteuren realisieren. Auch verschiedene Fachkommissionen, Beiräte und ähnliche Gremien, an denen viele der interviewten Wissenschaftler*innen beteiligt sind, sind häufig darauf ausgerichtet, im Sinne einer „Zulieferung“ Handlungsempfehlungen etwa zu Fragen der gesetzlichen Rente oder zu spezifischen Verwaltungsreformen für Praxis und Politik zu erarbeiten.

Die beschriebenen Transferformate werden sowohl von Sozialpolitikforschenden als auch von Praxisakteuren angestoßen. So initiieren etwa Wissenschaftler*innen Transfer(-möglichkeiten), indem sie wie beschrieben wissenschaftliche Erkenntnisse in anwendungs- und politiknahen Formaten publizieren und diese aktiv an Akteure aus der Praxis weiterleiten. Gleichzeitig erfolgt auch vonseiten der Praxis eine direkte, an die Sozialforschung gerichtete Ansprache: So erbitten beispielsweise Parteien, Verwaltungsakteure oder zivilgesellschaftliche Organisationen Gutachten, Expertisen oder wissenschaftliche Stellungnahmen von Forschungsinstituten oder einzelnen Wissenschaftler*innen bzw. geben diese in Auftrag.

Die Interviews zeigen deutlich, dass das Transferverständnis der *Wissenschaft als Zulieferin* vor allem bei Praxisakteuren stark ausgeprägt ist. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden in diesem Modell primär als Handlungsressourcen betrachtet, die politische und administrative Entscheidungen unterstützen sollen. Diese Erwartungshaltung zeigt sich insbesondere in den Aussagen zivilgesellschaftlicher Akteure, die der Sozialpolitikforschung eine beratende Rolle im Rahmen der sozialpolitischen Gestaltung zuschreiben. So äußern etwa mehrere zivilgesellschaftliche Akteure im Sample den Wunsch nach einer gezielten Kampagnenberatung. Eine befragte Person schlägt hierzu etwa die Entwicklung eines „Lobbyhandbuchs“ (Zivil-9) durch die Wissenschaft vor, das zurate gezogen werden könne, um den Gesetzgebungsprozess auf wirksame Weise zu beeinflussen, und das Anhaltspunkte liefern soll, an welcher Stelle im Prozess welche mitwirkenden Akteure aus Verbandsperspektive gezielt angesprochen werden müssten. In einer ähnlichen Argumentation wird das

Entwickeln von „Bedienungsanleitungen“ (Zivil-8) vorgeschlagen, die dabei helfen sollen, wissenschaftliche Erkenntnisse in praktisches Handeln zu überführen:

„Welche Erkenntnisse hat die Geschlechterforschung? Oder andersrum gesagt, weitergefasst: Welche Erkenntnisse gibt es in Sachen Ungleichheiten, jetzt generell in der Wissenschaft? Und wie kann das eben ins praktische Handeln transferiert werden? Und zwar nicht nur in das Handeln öffentlicher Verwaltung, sondern auch von Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und so weiter. Und da, glaube ich, müsste man generell einen besseren Wissenstransfer, aber jetzt nicht nur das Wissen, sondern, ich glaube, wenn es dann praktisch wird, braucht man im Prinzip quasi so eine Art Bedienungsanleitung: Wie setze ich das denn um?“ (Zivil-8)

Aus Sicht eines Großteils der interviewten Wissenschaftler*innen ist der Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis im Modus der *Wissenschaft als Zulieferin* zwar ebenfalls wichtig. Allerdings wird der wissenschaftliche Autonomieverlust, der mit diesem Transfermodus verknüpft ist, von einigen der interviewten Forschenden mitunter kritisch gesehen. So wird etwa argumentiert, dass die Sozialpolitikforschung durch eine (zu) starke Orientierung an Politik- und Anwendungsnähe an Spielräumen für (kritische) Reflexionen und Diskussionen abseits unmittelbarer Verwendungszwecke einbüße. So äußert beispielhaft eine der interviewten Personen in Bezug auf den durch die Bundesregierung beauftragten Armuts- und Reichtumsbericht:

„Es entstehen wirklich super Berichte. [...] Aber es gibt kaum mehr, so wie ich das wahrnehme, es gibt kaum mehr eine wirklich akademische Debatte über Armut. [...] Das finde ich ein bisschen schade. Und das ist für mich auch immer so ein bisschen eine Beobachtung über das Verhältnis von Wissenschaft und Sozialberichterstattung oder auch politiknaher Berichterstattung und dann auch, was passiert, wenn Ministerien solche Berichte unter ihre Fittiche nehmen. Das ist für die Forschung manchmal gar nicht so, ja, so vorteilhaft.“ (Wiss-5)

Im Transferverständnis der *Wissenschaft als Zulieferin* erlangt die Sozialpolitikforschung folglich zwar gerade durch ihre anwendungs- und politiknahen Forschungsergebnisse Legitimität innerhalb der Gesellschaft. Zugleich resultiert daraus jedoch auch ein in der Tendenz spannungsgeladenes Verhältnis zu einer eher autonomen und grundlagenorientierten Ausrichtung der Sozialpolitikforschung. Hier lassen sich also durchaus Parallelen zum Transferverständnis der *Wissenschaft um der Wissenschaft willen* erkennen, in dessen Kontext das Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlicher Autonomie und anwendungsnaher Forschung – wenn auch unter anderen Vorzeichen – ebenfalls zutage tritt.

4.3 Transferverständnis III: Wechselseitige Wissensentwicklung

Ein drittes idealtypisches Transferverständnis, das sich in den Interviews identifizieren lässt, kann mit dem Begriff der *wechselseitigen Wissensentwicklung* umschrieben werden. Sozialpolitikforschende und Praxisakteure tragen hier durch den gegenseitigen und „auf Augenhöhe“ stattfindenden Austausch gemeinsam zur Genese von Wissen bei, das sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis relevant ist. Das Verständnis von Transfer als *wechselseitige Wissensentwicklung* ist, anders als die beiden bisher genannten Transferverständnisse, also sehr stark geprägt durch ein auf Ko-Produktion und Multi-direktionalität abzielendes Zusammenwirken unterschiedlicher Akteursgruppen. Sozialpolitikforschende werden in diesem Kontext nicht nur als Expert*innen wahrgenommen, deren Erkenntnisse der Praxis zugutekommen. Vielmehr wird das Erfahrungswissen der Praxisakteure als (weitgehend) gleichwertig zum wissenschaftlichen Wissen betrachtet und gezielt einbezogen, um die wissenschaftliche Perspektive zu erweitern und zu bereichern; so etwa mit Blick auf mögliche Verwaltungsreformen:

*„Da ist Austausch mit den Leuten aus den jeweiligen Feldern nötig: Wie macht ihr das bei der Pflegeversicherung, bei der Rentenversicherung? Wie macht ihr das bei den Krankenkassen? Und vielleicht auch mit Leuten sich austauschen, die überhaupt Reformprozesse in der Verwaltung organisieren, nicht nur Verwaltungswissenschaftler*innen, sondern Leute, die das vor Ort in den Verwaltungen handfest organisieren. Dazu könnte man vielleicht*

auch konkrete Forschungsprojekte definieren.“ (Wiss-18)

Idealerweise erfolgt die *wechselseitige Wissensproduktion* über den gesamten Forschungsprozess hinweg – also von der Formulierung der Forschungsfragen über die Durchführung des Forschungsvorhabens bis hin zur Bewertung und Implementierung der Ergebnisse. Wie sich aus den Aussagen der Interviewpartner*innen ableiten lässt, stellt die Umsetzung eines über den gesamten Forschungsprozess stattfindenden Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis in der Realität jedoch einen eher seltenen Ausnahmefall dar. Die Gründe dafür liegen vor allem im hohen Ressourcenbedarf sowie in den unterschiedlichen Funktionslogiken von Wissenschaft und Praxis. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich in den Interviews häufig ein eher pragmatischer Umgang mit den hohen Anforderungen an eine vollständige und dauerhafte *wechselseitige Wissensentwicklung* ab.

So berichten die interviewten Akteure beispielhaft von verschiedenen Transferformen, bei denen eine *wechselseitige Wissensentwicklung* nur in einzelnen Phasen des Forschungsprozesses stattfindet. Viele der befragten Sozialpolitikforschenden geben etwa an, dass sie im Zuge der Beantragung von Mitteln sowie in Zwischenphasen von Forschungsprojekten den Dialog mit Akteuren aus der sozialpolitischen Praxis suchen. Hierbei übernehmen die Praxisakteure gewissermaßen eine Doppelfunktion: Sie wirken einerseits als Ideengeber, die praxisnahe Impulse für die Forschung liefern, und fungieren andererseits als Korrektiv, um wissenschaftliche Annahmen zu hinterfragen und die Relevanz der Forschungsergebnisse für die Praxis zu überprüfen:

„Wo lagen wir falsch? Wo haben wir das fehlinterpretiert? Wo kommen auch noch mal neue Ideen?“ (Wiss-12)

Konkret werden für den entsprechenden Austausch mit der Praxis häufig Workshops genutzt, je nach thematischer Ausrichtung und Fachdisziplin aber auch größere Tagungen, in deren Rahmen Wissenschaftler*innen und Praxisakteure aufeinandertreffen, ihre gegenseitigen Perspektiven darlegen und sie nach Möglichkeit einander annähern bzw. ergänzen. Darüber hinaus kann durchaus auch in Beiräten und anderen Gremien, die oben bereits im Zusammenhang mit dem Transfermodus der *Wissenschaft als Zulieferin* genannt wurden, eine *wechselseitige Wissensentwicklung* stattfinden. So kommen in

diesen Gremien (häufig) Akteure aus Wissenschaft und Praxis zusammen, um gemeinsam über Herausforderungen und Lösungswege zu diskutieren,⁷ so dass ein gegenseitiger Perspektiv austausch zwischen den Akteursgruppen ermöglicht wird.

Im Zuge der *wechselseitigen Wissensentwicklung* wird, anders als bei den beiden zuvor dargestellten Transferverständnissen, ein tendenziell konstruktivistisches Wissensverständnis verfolgt. Wissenschaftliches Wissen lässt sich demnach nicht „einfach so“ in die Praxis übertragen, sondern muss immer auch die unterschiedlichen Handlungsbedingungen, Orientierungen und Kontexte der Praxisakteure berücksichtigen, damit wissenschaftliches Wissen als *ein* Baustein unter mehreren zur besseren Politikgestaltung beitragen kann. Die *wechselseitige Wissensentwicklung* geht daher tendenziell mit einer weniger strikten Trennung von Wissensproduktion und -anwendung einher. Einige der Interviewpartner*innen heben in diesem Zusammenhang auch hervor, dass der Einbezug unterschiedlicher Akteursgruppen von besonderer Bedeutung ist:

„Neben Politik und Wissenschaft gibt es halt auch noch die Zivilgesellschaft, also die Wohlfahrtsverbände, [...] die unabhängig sind von der Politik, die auch mitberücksichtigt werden sollten. Deswegen [...] ist das Dreieck, das ist jetzt enorm wichtig, dass da der Austausch ständig passiert.“
(Pol-1)

Neben der Einbindung praktischer Fachexpertise aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wird von unterschiedlichen Sozialpolitikforschenden auch darauf hingewiesen, dass im Rahmen einer *wechselseitigen Wissensentwicklung* die Perspektiven der Adressat*innen sozialpolitischer Maßnahmen gezielt berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck werden häufig Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen oder „Bürgerforen“ genutzt, bei kleinräumigen lokalen Projekten auch stärker interaktive Formate. Gemein ist diesen Transferformen, dass nicht nur „über“ die Adressat*innen geforscht wird, sondern ein wechselseitiger Austausch mit ihnen stattfindet, der auch den weiteren Forschungsprozess beeinflusst, etwa, indem spezifische Fragestellungen oder Alltagstheorien der Menschen im Rahmen der Forschung aufgegriffen werden. An die Adressat*innen selbst werden wiederum Forschungsergebnisse

rückgespiegelt, die einerseits in einem generellen Sinne zur politischen und wissenschaftlichen Bildung, andererseits jedoch oft auch mit ganz konkreten und für den unmittelbaren Alltagskontext relevanten Informationen oder Handlungsempfehlungen einhergehen. Die Adressat*innen werden dabei jedoch gerade durch ihr alltägliches Erfahrungswissen in einem spezifischen Kontext ebenfalls als Expert*innen begriffen:

„Insgesamt hatten wir uns vorgestellt, in dem Projekt nicht zu beraten, weil wir gehen davon aus, dass die Bewohner vor Ort die Experten sind.“ (Wiss-4)

Im Transferverständnis der *wechselseitigen Wissensproduktion* erlangt die Sozialpolitikforschung ihre gesellschaftliche Legitimität vor allem durch den gleichberechtigten Einbezug von praktischem Erfahrungswissen und die damit verbundene Orientierung an anwendungs- und politiknahen Fragestellungen. Die Entscheidung über Gegenstand und Methodik der Forschung erfolgt hier nicht mehr rein autonom durch die Wissenschaft, sondern lässt sich im Sinne einer Ko-Produktion auch von der Praxis beeinflussen. Im Gegensatz zum Transfermodus der *Wissenschaft als Zulieferin*, in dem die Praxis vorwiegend als Empfängerin wissenschaftlicher Erkenntnisse fungiert, zielt dieser Typus auf den wechselseitigen Nutzen von Transfer ab. So wird davon ausgegangen, dass nicht nur die Praxis, sondern auch die Sozialpolitikforschung vom gegenseitigen Austausch profitiert, indem sie neue Perspektiven, Wissensbestände und praxisrelevante Impulse gewinnt.

4.4 Transferverständnis IV: Eigenständige Diskursbeteiligung der Wissenschaft

Im Transferverständnis der *eigenständigen Diskursbeteiligung der Wissenschaft* soll die Sozialpolitikforschung aktiv Erkenntnisse in gesellschaftliche Diskurse einspeisen, um so mittelbar Einfluss auf die Sozialpolitikgestaltung zu nehmen. Damit wird letztlich das Ziel verknüpft, die öffentliche Meinungsbildung zu sozialpolitischen Fragen zu beeinflussen, indem wissenschaftlich fundierte Perspektiven in gesellschaftliche Debatten eingebracht werden. Die entsprechenden Diskursbeteiligungen zielen dabei weniger auf einen direkten und unmittelbaren Austausch mit Praxisakteuren und Adressat*innen ab.

⁷ Daran wird auch gut ersichtlich, dass die verschiedenen, analytisch voneinander getrennten Transfermodi – hier: *Wissenschaft als Zulieferin*

und *reziproke Wissensentwicklung* – in der Realität Hand in Hand gehen können.

Stattdessen geht es darum, wissenschaftliche Erkenntnisse möglichst breit in die allgemeine Öffentlichkeit oder in bestimmte Teilöffentlichkeiten zu streuen. Der Wissenstransfer erfolgt dabei überwiegend unidirektional: Die Sozialpolitikforschung vermittelt ihre Erkenntnisse in die Gesellschaft, ohne dass ein unmittelbarer Rückfluss aus der Praxis erwartet wird.

Zu den konkreten Formaten, über die *eigenständige Diskursbeteiligungen der Wissenschaft* erfolgen, zählen nach Aussage vieler Sozialpolitikforschender Beiträge in sozialen Medien, wobei insbesondere der Plattform „X“ (vormals Twitter) eine besondere Bedeutung zukommt. Soziale Medien stellen aus Sicht der Forschenden eine Möglichkeit dar, Meinungen und Forschungsergebnisse niedrigschwellig einem außerwissenschaftlichen Publikum näherzubringen. Darüber hinaus werden Blogbeiträge oder kurze Informationsartikel auf Internetseiten, die sich an fachlich Interessierte in und außerhalb der Wissenschaft richten, von zahlreichen Sozialpolitikforscher*innen als ein sinnvolles Mittel angesehen, um eigenständig Beiträge in den breiteren (fach-)öffentlichen Diskurs zu streuen. Dass diese Kommunikationswege tatsächlich zur Verbreitung wissenschaftlicher Inhalte beitragen, bestätigen auch einzelne zivilgesellschaftliche Akteur*innen in den Interviews. Sie verweisen auf die Relevanz spezifischer Internetportale, die von wissenschaftlichen Einrichtungen betrieben werden und eine zentrale Rolle im sozialpolitischen Diskurs spielen:

„Wenn Sie an das ‚Portal Sozialpolitik‘ denken [...], dann ist das ein riesiges Maß an Sachverstand, an aufbereiteten Zahlen, eine Katalysatorenfunktion für einen sozialpolitischen Diskurs, den es an anderen Stellen halt nicht mehr gibt. Oder zum Beispiel Herr Professor Sell mit ‚Aktueller Sozialpolitik‘ oder ‚sozialpolitik-aktuell.de‘, das sind so große Häfen im World Wide Web, die so eine Leuchtturmfunktion innehaben.“ (Zivil-6)

Einige der befragten Wissenschaftler*innen erwähnen, dass sie ihre Forschungsergebnisse auch mittels Beiträgen in Tages- und Wochenzeitschriften in den breiteren öffentlichen Diskurs einbringen. Vereinzelt wird zudem von Radio- und Fernsehinterviews berichtet. Die Forschenden können bei den entsprechenden Formaten grundsätzlich frei entscheiden, auf welche wissenschaftliche Erkenntnisse sie Bezug nehmen und in welchem Maße sie persönliche

Meinungen einbringen. Insofern können im Rahmen *eigenständiger Diskursbeteiligungen der Wissenschaft* unabhängig von eher objektivistischen oder konstruktivistischen Wissensverständnissen sowohl grundlagen- als auch eher anwendungsorientierte Befunde geteilt werden.

Die Antwort auf die Frage, wodurch die Sozialpolitikforschung im Transfervverständnis der *eigenständigen Diskursbeteiligung* gesellschaftliche Legitimität erlangt, erweist sich als vielschichtig. So gewinnt die Wissenschaft einerseits Legitimität dadurch, dass sie eigenständig und unabhängig von direkten Einflussnahmen aus der Praxis Beiträge in den öffentlichen Diskurs einspeist. Hier wird also stark auf die Ressource der wissenschaftlichen Autonomie verwiesen. Andererseits wird aus den Aussagen der interviewten Praxisakteure auch deutlich, dass die Autonomie der Sozialpolitikforschung von ihnen nicht aus reiner Liebe zur Wissenschaftsfreiheit angerufen wird. Vielmehr wird wissenschaftliche Unabhängigkeit insbesondere dann als wünschenswert erachtet, wenn sie zur Legitimierung der eigenen politischen Positionen beiträgt:

„Wenn Sie aus Sicht der Forschung zu ähnlichen Schlüssen kommen wie wir und das artikulieren, dann würde das extrem helfen, auch tatsächlich eben Politik zu mobilisieren, auch auf Probleme zu reagieren.“ (Zivil-7)

Insgesamt wird der Einfluss der Sozialpolitikforschung auf öffentliche Diskurse von vielen Praxisvertreter*innen, insbesondere aus der Zivilgesellschaft, als eher schwach ausgeprägt eingeschätzt. Dies wird von vielen der Interviewpartner*innen aus der Praxis bedauert. So wird beispielsweise mehrfach darauf hingewiesen, dass die Vielfalt der Positionen und Erkenntnisse der Sozialpolitikforschung kaum in der breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen werde. Stattdessen werde der öffentliche Diskurs überwiegend von wirtschaftswissenschaftlich geprägten Argumentationen dominiert, was eine ausgewogene gesellschaftliche Debatte erschwere.

Der begrenzte Einfluss der Sozialpolitikforschung auf den öffentlich-medialen Diskurs lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. So äußern zwar einige der befragten Wissenschaftler*innen den Wunsch, ihre Forschungsergebnisse durch Medienbeiträge einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Gleichzeitig werden diesbezüglich jedoch auch Bedenken formuliert. Hierzu gehört die Sorge,

dass wissenschaftliche Erkenntnisse, die über (soziale) Medien verbreitet werden, in unzulässiger Weise vereinfacht, verfälscht oder für bestimmte politische Positionen vereinnahmt werden. Darüber hinaus bestehen in Deutschland kaum institutionelle Anreize für Forschende, sich systematisch in öffentliche Debatten einzubringen. Im Gegenteil wird vereinzelt die Befürchtung geäußert, dass Forschende, die öffentlich kontroverse Themen ansprechen oder klare Positionen vertreten, innerhalb der wissenschaftlichen Community wegen des Vorwurfs der mangelnden Neutralität auf Kritik stoßen.

Dass jedoch auch eine stärkere Institutionalisierung von *eigenständigen Diskursbeteiligungen der Wissenschaft* mit Problemen einhergehen kann, zeigt das Beispiel einer in Großbritannien forschenden Person aus dem Sample. Forschungsprojekte werden im Vereinigten Königreich deutlich stärker als in Deutschland (auch) nach ihrem außerwissenschaftlichen „Impact“ evaluiert.⁸ Dies könne mitunter zu einer Drucksituation für Wissenschaftler*innen führen, an die zusätzlich zu ihrer zeitintensiven Forschungstätigkeit die institutionalisierte Erwartung gerichtet wird, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen und sich dadurch in gewisser Weise selbst zu vermarkten:

„Da ist sozusagen jeder sein eigener global Influencer. Also da hängt das so über uns. Man muss irgendwie, ja. Und das ist auch nicht toll.“ (Wiss-14)

Mit Blick auf das Transferverständnis der *eigenständigen Diskursbeteiligung der Wissenschaft* lässt sich damit konstatieren, dass zwar sowohl bei Praxisakteuren als auch bei vielen Sozialpolitikforschenden ein grundsätzliches Interesse daran besteht, entsprechende Diskursbeteiligungen zu verwirklichen. Gerade vonseiten der interviewten Wissenschaftler*innen werden diesbezüglich aber auch Bedenken angebracht.

In den beiden folgenden Abschnitten werden die vier dargestellten Transferverständnisse noch einmal systematisch und zusammenfassend gegenübergestellt, um anschließend übergreifende Implikationen und Handlungsempfehlungen aus den dargestellten Befunden abzuleiten.

5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Mit Blick auf die Sozialpolitik in Deutschland lassen sich vielfältige Stimmen ausmachen, die einen stärkeren Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis fordern. In den Wissenstransfer wird dabei vor allem die Hoffnung gesetzt, „bessere“ Lösungen für die wachsenden Herausforderungen der Sozialpolitikgestaltung zu finden. Es existieren allerdings unterschiedliche Formen und Verständnisse von Wissenstransfer. Diese sind nicht nur mit verschiedenen Vorstellungen bezüglich der Rollen von Forschung und Praxis und ihrem Verhältnis zueinander verbunden. Sie sind auch entscheidend dafür, welche Erwartungen und Zielsetzungen mit dem Transfer von Wissen sowie mit etwaigen Transferformaten verknüpft werden. Dabei zeigen verschiedene Studien, dass das (Nicht-)Erfüllen von Erwartungen an den Wissenstransfer einen entscheidenden Einfluss auf den Erfolg bzw. das Scheitern von Transferaktivitäten hat (z. B. Choi et al. 2005; Gollust et al. 2017).

Vor diesem Hintergrund wurden im vorliegenden IAQ-Report die Transferverständnisse von Akteuren aus der Sozialpolitikforschung sowie der sozialpolitischen Praxis beleuchtet. Die empirische Basis für die Analysen bildeten rund 50 qualitative Experteninterviews. Die Auswertung bestätigt, dass die befragten Expert*innen unterschiedliche und in Teilen divergierende Erwartungen an den Wissenschaft-Praxis-Transfer in der deutschen Sozialpolitik richten. Die identifizierten Transferverständnisse können dabei in vier Idealtypen unterteilt werden, die sich wiederum entlang einiger zentraler Merkmale voneinander unterscheiden lassen. Hierzu gehören Annahmen bezüglich der Flussrichtung des Transfers, der grundsätzlichen Übertragbarkeit wissenschaftlicher Befunde in die Praxis, der Verantwortungszuschreibung für den Transfer sowie der Frage, wodurch die Sozialpolitikforschung gesellschaftliche Legitimität erlangt. Die nachfolgend dargestellte Matrix bietet einen Überblick über die zentralen Charakteristika der idealtypischen Transferverständnisse (siehe Tabelle 2).

⁸ Als wesentlicher Treiber für die stärkere Impact-Orientierung der britischen Forschung kann das „Research Excellence Framework“ angesehen werden, über das der gesellschaftliche Einfluss von

wissenschaftlicher Forschung an britischen Hochschulen gemessen werden soll (kritisch dazu unter anderem: Martin 2011).

Tabelle 2: Idealtypische Transferverständnisse

	Wissenschaft um der Wissenschaft willen	Wissenschaft als Zulieferin	Wechselseitige Wissenseentwicklung	Eigenständiger Diskursbeitrag
Kurzbeschreibung	Sozialpolitikforschung ist auf wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn ausgerichtet, ohne Bedarfe der Praxis proaktiv mitzudenken.	Sozialpolitikforschung richtet Forschungsergebnisse auf Bedarfe der Praxis aus.	Sozialpolitikforschung und Praxis unternehmen wechselseitigen Perspektiv- und Wissensaustausch, von dem beide Seiten profitieren.	Sozialpolitikforschung speist selbstständig und ohne Beteiligung der Praxis Beiträge in den öffentlichen Diskurs ein.
Beispielhafte Transferformate	einzelne wissenschaftsaffine Praxisakteure, die sich aktiv Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft „abhohlen“	für die Praxis angefertigte Gutachten oder Policy Briefs mündliche Anhörungen von Forschenden zu Gesetzesvorschlägen	von Wissenschaft und Praxis gemeinsam entwickelte Forschungsfragen und Projektideen beidseitige Feedback-Schleifen zwischen Wissenschaft und Praxis	Beiträge in (sozialen) Medien Internetblogs TV-Auftritte
Richtung des Transfers	unidirektional	unidirektional	multidirektional	unidirektional
Übertragbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis	grundsätzlich übertragbar (<i>objektivistisches Wissensverständnis</i>)	grundsätzlich übertragbar (<i>objektivistisches Wissensverständnis</i>)	Wissen stark kontextabhängig und daher nicht ohne Weiteres übertragbar (<i>konstruktivistisches Wissensverständnis</i>)	abhängig vom Einzelfall (<i>sowohl objektivistische als auch konstruktivistische Wissensverständnisse</i>)
Verantwortung für Wissenstransfer	Praxis	Praxis und Sozialpolitikforschung	Praxis und Sozialpolitikforschung	Sozialpolitikforschung
Legitimität der Sozialpolitikforschung	Legitimität durch Autonomie der Sozialpolitikforschung	Legitimität durch Praxisrelevanz von Forschungsergebnissen	Legitimität durch Praxisrelevanz von Forschungsergebnissen	Legitimität sowohl durch Autonomie als auch durch Praxisrelevanz

Quelle: Eigene Darstellung.

Die bevorzugten Transferverständnisse unterscheiden sich je nach Perspektive der befragten Akteure aus sozialpolitischer Forschung und Praxis teils deutlich. Bei den interviewten Wissenschaftler*innen lässt sich ein insgesamt vielschichtiger Blick auf den Wissenstransfer erkennen, der sowohl die Bedeutung von Grundlagenforschung als auch von praxisorientierten Befunden hervorhebt. Die Gesprächspartner*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft verneinen die grundsätzliche gesellschaftliche Relevanz einer weitgehend autonomen und

grundlagenorientierten Sozialpolitikforschung zwar nicht; für ihre eigene Arbeit messen sie dieser jedoch nur eine sehr begrenzte Relevanz bei. Stattdessen äußern die Praxisakteure sehr klar die Erwartung an die Sozialpolitikforschung, (mehr) unmittelbar praxisrelevante Forschung zu betreiben und fordern dies in den Interviews in vielen Fällen auch deutlich ein.

6 Schlussfolgerungen für einen erfolgreichen Wissenschaft-Praxis-Transfer in der deutschen Sozialpolitik

Aus den Experteninterviews lassen sich einige grundsätzliche Schlussfolgerungen für die erfolgreiche Ausgestaltung des Wissenschaft-Praxis-Transfers in der deutschen Sozialpolitik ziehen. Diese Schlussfolgerungen lauten:

1. Vielfalt der Transferverständnisse anerkennen: Die Aussagen der interviewten Expert*innen spiegeln deutlich wider, dass ein einheitliches Verständnis von Wissenstransfer nicht existiert. So lassen sich bei relevanten Akteuren aus sozialpolitischer Forschung und Praxis sowohl multidirektionale Transferverständnisse ausmachen, die auf einen wechselseitigen und gleichberechtigteren Austausch zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen ausgerichtet sind, als auch solche Transferverständnisse, die eher dem „klassischen“ Verständnis eines unidirektionalen Transfers von der Wissenschaft in die Praxis entsprechen. Diese Vielfalt sollte auch in der wissenschaftspolitischen Debatte anerkannt werden. Einseitige Forderungen, die „klassische“ Formen des Wissenstransfer gegen multidirektional angelegte Transferformen ausspielen, sind hingegen wenig sinnvoll. So sind unterschiedliche Arten des Wissenschaft-Praxis-Transfers immer auch mit unterschiedlichen Funktionen und Zielsetzungen verknüpft. Wie ein „guter“ Wissenstransfer aussieht, ist daher immer kontextabhängig. Dies führt zur nächsten Schlussfolgerung.

2. Für ein realistisches Erwartungsmanagement sorgen: Der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis kann wertvolle Beiträge zur Bearbeitung sozialpolitischer Fragestellungen leisten. Er ist allerdings kein Allheilmittel, durch das sich sämtliche Probleme lösen lassen. Bevor undifferenzierte Forderungen nach „mehr Wissenstransfer“ gestellt werden, sollte daher geklärt werden, welche Ziele und Erwartungen im konkreten Fall durch den Transfer erfüllt werden sollen. Sind punktuelle Austauschformate ausreichend oder bedarf es langfristiger, intensiver Kooperationen? Insbesondere im Hinblick auf multidirektionale und stärker integrierte Ansätze gilt es dabei zu bedenken, dass diese immer mit einem hohen Ressourceneinsatz und einem intensiven Abstimmungsbedarf

zwischen den beteiligten Akteursgruppen verknüpft sind. Ein klares Erwartungsmanagement ist daher essenziell, um realistische Ziele zu definieren sowie Überforderungen und Enttäuschungen aufseiten von Wissenschaft und Praxis zu vermeiden.

3. Bewusstsein für unterschiedliche Systemlogiken und Handlungszwänge schaffen: Ein erfolgreicher Wissenstransfer setzt voraus, dass sowohl Forschende als auch Praxisakteure die jeweiligen Arbeitsweisen und Systemlogiken der anderen Seite verstehen und anerkennen. So können sich Praxisakteure in ihrem Handeln und in ihren Forderungen nicht ausschließlich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, weil beispielsweise auch politische Machtverhältnisse und institutionelle Pfadabhängigkeiten eine zentrale Rolle für die tatsächliche Umsetzung und Umsetzbarkeit sozialpolitischer Maßnahmen spielen. Eine (auch nur annähernde) Eins-zu-eins-Umsetzung wissenschaftlicher Befunde in die Praxis ist damit in den meisten Fällen wenig realistisch. Für Wissenschaftler*innen besteht wiederum ein schwieriger Balanceakt zwischen der Orientierung an wissenschaftsinternen Erfolgskriterien – etwa durch die Publikation in begutachteten Fachzeitschriften, die häufig wenig(er) Praxisbezug aufweisen – und politiknaher Forschung, die zwar aus Sicht der Praxis eine höhere Handlungsrelevanz aufweist, innerhalb des Wissenschaftssystems jedoch oft weniger Anerkennung erfährt. Sich diese unterschiedlichen Systemlogiken und Handlungszwänge bewusst zu machen, ist eine wesentliche Voraussetzung, um mittels der gezielten Bereitstellung von Ressourcen und der Schaffung von Anreizstrukturen Impulse für eine nachhaltige Stärkung des Wissenstransfers in der deutschen Sozialpolitik zu setzen.

4. Ressourcen bereitstellen: Transferaktivitäten erfordern sowohl zeitliche, personelle, finanzielle als auch kognitive Ressourcen. Wer einen intensiveren und strukturierteren Wissenstransfer fordert, muss daher auch die Frage beantworten, woher die dafür notwendigen Ressourcen kommen sollen und wer sie bereitstellt. So wird etwa vonseiten der interviewten Sozialpolitikforschenden geäußert, dass es in Deutschland an Fördermöglichkeiten für eine politik- und anwendungsorientierte Sozialpolitikforschung mangelt – also gerade für jenen

Forschungstypus, an dem Politik und Praxis ein besonderes Interesse haben. Neben der finanziellen Unterstützung, zum Beispiel durch die Förderung von Transfer-Workshops oder anderen Austauschformaten, ist auch die Schaffung zeitlicher Kapazitäten entscheidend. Denkbar sind in diesem Zusammenhang etwa „Transfer-Semester“, in denen Professor*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen zeitweise von Lehrverpflichtungen entlastet werden, um sich gezielt dem Austausch mit Praxisakteuren zu widmen. Ebenso können intermediäre Organisationen – sogenannte „Knowledge Broker“ (z. B. Gluckman et al. 2021) – als Akteure fungieren, die sozialpolitische Forschung und Praxis zusammenbringen, zwischen ihnen

vermitteln und so Hürden für den Wissenstransfer abbauen.

Erste Schritte in diese Richtung sind mit der Förderung des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS) durch das BMAS getan worden. So hat das DIFIS seit seiner Gründung im Mai 2021 mit vielfältigen Veranstaltungen und Formaten einen Teil zur Intensivierung des Transfers wissenschaftlichen Wissens in die deutsche Sozialpolitik – wie auch eines vice versa verlaufenden Transferprozesses – beitragen können. Und auch die hier vorgestellten Ergebnisse können hoffentlich einen fruchtbaren Beitrag zum Diskurs um einen gelingenden Wissensaustausch zwischen sozialpolitischer Forschung und Praxis leisten.

Literatur

- Bäcker, Gerhard, Gerhard Naegele und Reinhard Bispinck. 2020. *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland*. 6., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Bogumil, Jörg und Philipp Gräfe. 2024. Fragmentierung der Sozialpolitik. Schnittstellen und Brüche zwischen unterschiedlichen Sozialpolitikfeldern. Eine Literaturstudie. DIFIS-Studie 2024/6. Duisburg, Bremen: DIFIS. [Volltext](#) (Zugegriffen: 6. Januar 2025).
- Bührer, Susanne, Ursula Holtgrewe, Thomas Jackwerth-Rice, Dorothea Sturn und Elisa Wallwaey. 2023. Evaluation der Richtlinie zur „Förderung von Forschung und Lehre im Bereich der Sozialpolitik“: Abschlussbericht. Berlin: BMAS; ISI, ZSI. [Volltext](#) (Zugegriffen: 6. Januar 2025).
- Choi, Bernard CK, Tikki Pang, Vivian Lin, Pekka Puska, Gregory Sherman, Michael Goddard, Michael J Ackland, Peter Sainsbury, Sylvie Stachenko, Howard Morrison und Clarence Clottey. 2005. Can Scientists and Policy Makers Work Together? *Journal of Epidemiology & Community Health* 59: 632–637.
- Compagnucci, Lorenzo und Francesca Spigarelli. 2020. The Third Mission of the University: A Systematic Literature Review on Potentials and Constraints. *Technological Forecasting and Social Change* 161: 120284.
- Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung. 2022. Forschungsprogramm des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS). Fassung vom 28.09.2022. Duisburg, Bremen: DIFIS. [Volltext](#) (Zugegriffen: 6. Januar 2025).
- Gluckman, Peter D., Anne Bardsley und Matthias Kaiser. 2021. Brokerage at the Science–Policy Interface: From Conceptual Framework to Practical Guidance. *Humanities and Social Sciences Communications* 8: 1–10.
- Gollust, Sarah E., Jane W. Seymour, Maximilian J. Pany, Adeline Goss, Zachary F. Meisel und David Grande. 2017. Mutual Distrust: Perspectives from Researchers and Policy Makers on the Research to Policy Gap in 2013 and Recommendations for the Future. *INQUIRY: The Journal of Health Care Organization, Provision, and Financing* 54. [Volltext](#) (Zugegriffen: 06. Januar 2025)
- Heilmann, Tom, Anna Hokema, Pia Jaeger, Philipp Langer, Rebecca Schrader und Nicole Vetter. 2024. *Sozialpolitik und Sozialpolitikforschung in Deutschland: Herausforderungen, Interdisziplinarität, Wissenstransfer*. Frankfurt am Main: Campus Verl.
- Kaldewey, David. 2013. *Wahrheit und Nützlichkeit. Selbstbeschreibungen der Wissenschaft zwischen Autonomie und gesellschaftlicher Relevanz*. Bielefeld: transcript.
- King, Lesley, Penelope Hawe und Marylin Wise. 1998. Making Dissemination a Two-Way Process. *Health Promotion International* 13: 237–244.
- Martin, Ben R. 2011. The Research Excellence Framework and the Impact Agenda: Are We Creating a Frankenstein Monster? *Research Evaluation* 20: 247–254.
- Nullmeier, Frank. 2019. *Nachhaltige Gestaltung sozialpolitischer Politikberatung*. FGW-Studio. Vorbeugende Sozialpolitik 26. Düsseldorf: FGW. [Volltext](#) (Zugegriffen: 6. Januar 2025).
- Rottleb, Tim, und Suntje Schmidt. 2023. *Wissenstransfer als kritische Infrastrukturierung: Vier Thesen zur Gestaltung von Wissenstransfer als Zusammenspiel von Wissenschaft und gesellschaftlicher Innovationsfähigkeit*. Erkner: Leibniz Institute for Research on Society and Space. [Volltext](#) (Zugegriffen: 6. Januar 2025).
- Shaxson, Louise, Derek Brien, Shahira Emara und David Phipps. 2012. *Expanding Our Understanding of K* (KT, KE, KTT, KMb, KB, KM, etc.)*. Hamilton: UNI-INWEH. [Volltext](#) (Zugegriffen: 6. Januar 2025).
- Wissenschaftsrat. 2016. Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien. Positionspapier. Weimar: Wissenschaftsrat. [Volltext](#) (Zugegriffen: 6. Januar 2025).

Autor



Tom Heilmann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS) am IAQ

Mail: tom.heilmann@uni-due.de

Telefon: +49 203 37 92365

IAQ-Report 2025 | 02

Redaktionsschluss: 22.01.2025

Institut Arbeit und Qualifikation
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Universität Duisburg-Essen

IAQ-Report:

<https://www.uni-due.de/iaq/iaq-report.php>

Über das Erscheinen des IAQ-Reports informieren wir über eine Mailingliste:

<https://www.uni-due.de/iaq/newsletter.php>

Der IAQ-Report (ISSN 1864-0486) erscheint seit 2007 in unregelmäßiger Folge als ausschließlich elektronische Publikation. Der Bezug ist kostenlos.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/83084

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20250214-125523-3

Alle Rechte vorbehalten.